

Geschäftsstelle  
Bündnis Hamelner-Erklärung e.V.  
Bormanns Wiese 1  
30900 Wedemark  
buero@hamelner-erklaerung.de

Bad Kissingen, 05.03.2021

Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 10 07 48  
10567 Berlin

Per E-Mail an [konsultation@netzentwicklungsplan.de](mailto:konsultation@netzentwicklungsplan.de)

### **Konsultation zum NEP 2035 (2021)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 28. Oktober 2020 haben sich die Landkreise Bad Kissingen, Main-Spessart, Schweinfurt, Rhön-Grabfeld und Fulda innerhalb des Bündnisses Hamelner Erklärung e. V. zu einem Ausschuss „Fulda-Main-Leitung - P43“ zusammengeschlossen.

Aus Sicht des Landkreisbündnisses sind die Hintergründe für dieses Vorhaben fragwürdig. Letztlich wurde bisher in keiner Weise transparent dargestellt, worin der Bedarf an dieser Leitung besteht und ob der damit verfolgte Zweck nicht auch anderweitig und schonender erreicht werden kann.

Die inzwischen erfolgte alternativlose Übernahme dieses Vorhabens in das Bundesbedarfsplangesetz mutet auch deshalb willkürlich an, da diese Vorgehensweise rein politisch im Wege einer Einigung dreier Landesminister mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier beschlossen worden ist.

Zunächst darf nochmals darauf hingewiesen werden, dass innerhalb des Landkreisbündnisses Einigkeit darüber besteht, dass die politisch und gesellschaftlich gewollte Energiewende den Bau von Übertragungsnetzen vom Norden in die südlichen Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Bayern erfordert. Hierzu muss jedes Bundesland und jede Region in Deutschland einen besonderen Beitrag leisten.

Unter dem Gesichtspunkt, dass um das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bereits eine umfangreiche Stromleitungsinfrastruktur vorhanden ist, erscheint es auch nachvollziehbar,

diese in das aufgrund der Energiewende auf- und auszubauende Stromleitungsnetz einzubeziehen.

Das Landkreisbündnis hat das Verfahren der Bundesfachplanung für den SuedLink kritisch begleitet und auf diese Weise dazu beigetragen, dass die Akzeptanz der erdverkabelten Gleichstromleitung bei der Bevölkerung verbessert wurde. Dies gilt gerade für die Landkreise Schweinfurt, Bad Kissingen, Main-Spessart und Rhön-Grabfeld, die durch die Leitungen des SuedLink allesamt betroffen sind. Eine erhebliche Zusatzbelastung entsteht für den Bereich Bergrheinfeld, da hier weitere Flächen für die erforderlichen technischen Einrichtungen wie beispielsweise den Konverter in Anspruch genommen werden. Klar ist aber auch, dass alleine mit dem SuedLink ein Vielfaches der ursprünglich im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld produzierten Strommengen in der Region ankommt. Da dieser Strom weiter verteilt werden muss, werden alleine schon aus diesem Grunde zusätzliche Leitungskapazitäten benötigt.

Deshalb gilt es, hier Grenzen zu setzen und die Region vor einer völligen Überlastung mit Strominfrastruktur zu schützen.

Dies haben die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD bereits im Juli 2015 erkannt und sich auf ein Eckpunktepapier zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende und für einen bürgerfreundlichen Netzausbau verständigt. Zielvorgabe des Eckpunktepapiers war es, den Bereich Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld im Landkreis Schweinfurt als Einspeiseschwerpunkt und damit auch die benachbarten Landkreise, die von den Zu- und Ableitungen betroffen wären, zu entlasten. Hiernach war eine weitestgehende Entlastung des nach den bisherigen Szenarien und Netzentwicklungsplänen zu stark beanspruchten Netzknotenpunkts Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld vorgesehen. In dem Eckpunktepapier vom 01. Juli 2015 heißt es wörtlich:

„Um eine Entlastung der Region um Grafenrheinfeld zu erreichen, wird die Bundesnetzagentur im Netzentwicklungsplan 2024 die Übertragungsnetzbetreiber auffordern, Alternativen zu entwickeln, damit die beiden als Neubau geplanten Drehstrommaßnahmen Mecklar-Grafenrheinfeld und Altenfeld-Grafenrheinfeld entfallen können und stattdessen in Bestandstrassen mitgeführt und neue Endpunkte möglich werden.“

Diese politische Zielvorgabe gilt es, nach besten Kräften und in einer für die Bevölkerung transparenten Weise fachlich und mit Blick auf großräumige Alternativen zu prüfen. Hierfür ist die willkürlich anmutende politische Einigung dreier Landesminister mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier aus dem Jahre 2019 nicht ausreichend.

Hinzu kommt, dass sich inzwischen die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dafür einsetzen, die SuedLink-Kapazität nochmals deutlich zu erhöhen, um eine zusätzliche Gleichstromleitung von Nord nach Süd durch diese Bundesländer zu vermeiden. Dies zeigt einerseits, dass auch in Baden-Württemberg und Hessen zusätzlich Windstrom aus dem Norden benötigt wird. Der Gedanke der Ver-



stärkung des ohnehin geplanten SuedLink erscheint daher zunächst auch nicht völlig abwegig. Andererseits würde die damit verbundene Verbreiterung erneut zulasten der Region gehen, in der auch die neue Trasse für die Fulda-Main-Leitung (P43) geplant wird. Dieser Aspekt muss bei der Netzplanung berücksichtigt werden.

Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass der Strombedarf für Bayern selbst durch das Vorhaben Nummer 4 des SuedLink sowie durch den SüdostLink gedeckt wird. Alles andere wäre nicht nachvollziehbar. Laut TenneT geht es bei der Fulda-Main-Leitung (P43) vor allem darum, den aus dem Norden in Mecklar bzw. in Dipperz ankommenden Strom weiter zu leiten. Da der Bedarf für Bayern durch den SuedLink und den SüdostLink gedeckt wird, kommt als Zielgebiet nur Hessen und Baden-Württemberg in Betracht.

Daher stellt sich sehr wohl die Frage, wieso der Strom nicht bereits von Mecklar oder spätestens Dipperz aus (gegebenenfalls als Gleichstrom) direkt in die Abnahmegebiete in den Südwesten geleitet wird. Durch solche großräumigen Alternativen würden sensible Bereiche Ost Hessens, der Rhön, des Spessarts sowie die Region um Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld entlastet. Außerdem könnte ein vulnerables Nadelöhr vermieden werden, wenn nicht alles über den Netzknotenpunkt Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld laufen würde.

Hinzu kommt, dass für die Fulda-Main-Leitung (P43) von Dipperz nach Bergrheinfeld der Neubau einer Leitung in neuer Trasse erforderlich wäre. Es erscheint nicht nachvollziehbar, dass der damit verfolgte Zweck nicht mit alternativen netztechnischen Maßnahmen wie der Erhöhung der Übertragungsleistung vorhandener Leitungen oder sonstigen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen am vorhandenen Netz erreicht werden kann.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist schließlich, dass sich angesichts der beschriebenen Abläufe das Bild einer Salami-Taktik aufdrängt. Es gibt keine verlässliche Gesamtperspektive für die von den Zu- und Ableitungen betroffenen Landkreisen um den Netzknotenpunkt Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld herum. Den Landkreisen bleibt daher gar nichts anderes mehr übrig, als sich mit aller Macht gegen jedes einzelne Vorhaben zu stemmen.

Ein Bedarf an der Fulda-Main-Leitung wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.

Mit freundlichen Grüßen



Landrat Thomas Bold  
Vorsitzender des Ausschusses Fulda-Main-Leitung (P43)